Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 19 / 20 988 Schriftliche Anfrage

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

vom 20. November 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. November 2024)

zum Thema:

Strafanzeigen durch Mitglieder des Senats und der Bezirksämter

und **Antwort** vom 13. Dezember 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Dez. 2024)

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD) über die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20 988 vom 20. November 2024 über Strafanzeigen durch Mitglieder des Senats und der Bezirksämter

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

- 1. Wie viele Strafanzeigen wurden seit dem 27. April 2023 durch ehemalige und aktuelle Mitglieder des Senats in ihrer Funktion als solche gestellt? Bitte nach Straftatbeständen und Monaten sowie Mitgliedern des Senats auflisten.
- 2. Wie viele Strafanzeigen wurden seit dem 27. April 2023 durch ehemalige und aktuelle Mitglieder der Bezirksämter in ihrer Funktion als solche gestellt? Bitte nach Straftatbeständen und Monaten sowie Mitgliedern der Bezirksämter auflisten.

Zu 1. und 2.: Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege hat im Jahr 2024 insgesamt siebzehn Strafanzeigen erstattet. Auch die Senatorin für Inneres und Sport hat insgesamt sieben Strafanzeigen erstattet. Der Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen hat in zwei Fällen Strafanzeige und Strafantrag gestellt und die Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe hat eine Strafanzeige im Jahr 2023 und sieben Strafanzeigen im Jahr 2024 erstattet. Weitergehende statistische Erhebungen finden hierzu nicht statt.

Im Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft und im automatisierten Verfahren der Polizei sind im Sinne der Fragestellung keine validen Auswertungen möglich.

Berlin, den 13. Dezember 2024

In Vertretung
Esther Uleer
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz